

Erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 Mk., fürs  
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3gepaltene Zeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# Sattler- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 30 .: 29. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-  
straße 10b .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 23. Juli 1915

**Inhalt.** Beitragsleistung. — Eine Konferenz von Vertretern der Verbandsvorstände. — Organisationshilfe in schwerer Zeit. — Protokoll der 5. Sitzung der Schlichtungskommission für das Berliner Heeresausrüstungs- und Lederwarenindustrie-Niederösterreich. — Der Verein der Lederwarenindustrie-Niederösterreich. — Feuerungszulagen. — Aus anderen Organisationen. — Mundschau. — Bücherschau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Sterbetafel. — Anzeigen.

**Für die Woche vom 25. bis 31. Juli ist der 31. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.**

## Eine Konferenz von Vertretern der Verbandsvorstände

lagte in Berlin in der Zeit vom 5. bis 7. Juli dieses Jahres. Sie nahm an erster Stelle den Geschäfts- und Klassenbericht der Generalkommission entgegen. Ein vollständiger Bericht über die Tätigkeit der Generalkommission seit dem Münchener Gewerkschaftskongress konnte noch nicht vorgelegt werden, da eine Reihe von Materien sich noch im Stadium der Verhandlungen befinden und deren Abschluß abgewartet werden muß. Ein auszugswiesiger Bericht sowie eine Uebersicht über die Klassenführung soll in der nächsten Ausgabe des „Correspondenzblattes“ veröffentlicht werden. Eine Diskussion knüpfte sich an diesen Teil der Tagesordnung nicht. Dem Klassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Zu eingehenden Beratungen führte die Frage der Anrechnung der Kriegsdienstzeit auf die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften. Es handelte sich dabei um eine Fülle von Einzelfragen, über die zurzeit eine Uebereinstimmung nicht zu erzielen war, so die Anrechnung der Kriegsdienstzeit auf die Rechte bei solchen Mitgliedern, die bereits vor dem Kriege ihre Karenzzeit für Unterstützungsbezug erfüllt hatten, ferner die Behandlung von Mitgliedern, die vor dem Eintritt in den Heeresdienst noch nicht unterstützungsberchtig waren, die Wiederaufhebung von Unterstützungsrechten der Ausgesteuerten, die Anrechnung einzelner Unterstützungsarten auf die Arbeitslosenunterstützung nach dem Kriege usw. Eine der Konferenz vorgelegte Uebersicht aus den Statuten der einzelnen Verbände ergibt die größte Verschiedenartigkeit der geltenden Bestimmungen, wozu bei einzelnen Gewerkschaften noch neuerliche Beschlüsse der Verbandsinstanzen hinzukommen. Der Wunsch nach einheitlichen Grundsätzen trat zwar stark hervor, doch war man sich auch der Schwierigkeiten ihrer Durchführung bewußt. Die Konferenz gelangte daher zunächst nur zu dem Urteil:

„Die Konferenz ist der Meinung, daß eine Anrechnung der Kriegsdienstzeit als Beitragszeit nicht allgemein durchführbar ist, weil die dadurch entstehende finanzielle Belastung für den größten Teil der Verbände zu stark sein würde.“

und verschob die Beschlusfassung über positive Einheitsgrundsätze bis zur nächsten Konferenz.

Eine Umfrage darüber, wie viele Gewerkschaften ihre alten Satzungen wieder in Kraft gesetzt haben, ergab, daß 16 Gewerkschaften wieder zu ihren alten

Satzungen zurückgekehrt sind bzw. dieselben gar nicht außer Kraft gesetzt hatten, während 31 Gewerkschaften noch nicht wieder die vollen statutarischen Unterstützungen zahlen. Der überwiegende Teil hat die früheren Unterstützungen wieder eingeführt, doch noch nicht die vollen Leistungen.

Zur Veratung der Kriegsbeschädigtenfürsorge gab die Generalkommission einen kurzen Bericht über ihre bisherigen Bemühungen um eine reichszentralistische Organisation, die leider bei dem Bedenken der Reichsregierung, in die Hoheitsrechte der Bundesstaaten einzugreifen, erfolglos blieb. Immerhin wurden infolge ihrer Mitwirkung in der Organisation für die Provinz Brandenburg einige allgemeine Grundsätze aufgestellt und den Gewerkschaften und Kartellen empfohlen, nach diesen zu verfahren. Es müsse verhütet werden, daß die Kriegsbeschädigten bei ihrer Rückkehr zur Erwerbsarbeit unbilliger Behandlung ausgesetzt und zur Lohnrückerei verwendet, und daß die gewerkschaftlich geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch ihre Ausnützung untergraben würden. Der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes gab Aufschluß über dessen umfangreiche Tätigkeit auf diesem Gebiete; besonders die von dem Verband arrangierten Lichtbildervorträge erfreuten sich starker Beteiligung bei Arbeitern und Behörden. Die ausgiebige Diskussion führte zur Annahme der folgenden Leitsätze:

„Die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände hält es aus ethischen und volkswirtschaftlichen Gründen für dringend erforderlich, daß den Kriegsbeschädigten, soweit dies irgend angingig ist, Arbeitsgelegenheit in Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft sowie in den Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben geboten wird.“

Sie beauftragt, daß die Bemühungen der Generalkommission zwecks Errichtung einer Reichszentralstelle der Organisation zur Fürsorge für die Kriegsbeschädigten bisher ohne Erfolg geblieben und infolgedessen die erforderlichen Maßnahmen nicht einheitlich sind.

Sie fordert, um den Gewerkschaften die Mitarbeit in den Fürsorgeorganisationen zu ermöglichen, daß in diesen Bestimmungen getroffen wird, daß

1. zur Berufsberatung der Kriegsbeschädigten Vertreter der Gewerkschaften herangezogen werden;
2. der Rentenbezug für die Unternehmer nicht ein Mittel zum Lohndruck sein darf, d. h. daß die Kriegsbeschädigten vollwertig nach ihrer Arbeitsleistung entlohnt werden;
3. die Tarifverträge auch für die Kriegsbeschädigten gelten und eine Herabsetzung der Arbeiterkraftverhältnisse der Tarifverträge nur unter ausdrücklicher Zustimmung der in Betracht kommenden Gewerkschaft erfolgen darf.

Die Konferenz hält es für dringend notwendig, daß paritätische Kommissionen von Unternehmer-, Angestellten- und Arbeiterorganisationen auch über die Kriegsdauer hinaus eingesetzt werden, durch die Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis der Kriegsbeschädigten zu entscheiden sind.“

Nicht minder eingehend wurde die Frage der Organisation der Arbeitsvermittlung erörtert. Der von der Generalkommission gegebene Bericht bedauert, daß die Reichsregierung nicht den vom Reichstag beschlossenen Vorschlägen der Gewerkschaftsgruppen gefolgt und eine durchgreifende Organisation der Arbeitsvermittlung an-

geordnet habe. Immerhin versprechen die vom Bundesrat am 2. Juni d. J. verfügten Maßnahmen zur Durchführung einer einheitlichen Statistik der Arbeitsvermittlung (Anmeldung der Arbeitsnachweise bis zum 1. Juli d. J. und Mitteilung der Arbeitsgelegenheit und offenen Stellen wöchentlich zweimal vom 1. August d. J. ab), sowie die Errichtung von Zentralauskunftsstellen in den einzelnen Städten und Bezirken einige Besserung, und die Gewerkschaftsnachweise sollten nicht veräumen, sich an den letzteren zu beteiligen. Zu warnen sei aber vor dem von Dr. A. Freund-Berlin, dem Vorsitzenden des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, propagierten System von Auskunftszentralen, denn dieser „Sozialpolitiker“ verjuche bei jeder Gelegenheit, seinen Verband zum hauptsächlichsten Träger der Organisation der Arbeitsvermittlung zu machen und er mache sich sogar selbst die Auswahl der Vertreter gewerkschaftlicher Arbeitsnachweise an. Die Gewerkschaften mögen daher auf der Hut sein und bei der Errichtung von Zentralauskunftsstellen überall verlangen, daß auch ihre Nachweise gemäß den im preussischen Minderlah vom 21. Mai d. J. gegebenen Anweisungen vertreten sind. Die Debatte ergab im allgemeinen Uebereinstimmung über die Mitwirkung der Gewerkschaften an der Organisation der Arbeitsvermittlung.

Einige Beschwerden aus Gewerkschaftskreisen, die sich auf Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung während des Krieges, insbesondere in der letzten Zeit, beziehen, gaben Anlaß zu einer längeren Aussprache über diese Angelegenheit. Es handelte sich neben lokalen Vorkommnissen vor allem um die Bestrebungen gewisser, mit der Haltung der Parteimehrheit und der Reichstagsfraktion seit dem Kriegsausbruch unzufriedenen Gruppen und Grüppchen, diesen Parteistreit auch in die Gewerkschaftskreise hineinzutragen und durch eine von gewissen Zentren aus geleitete Desorganisationskampagne die Parteieinheit zu sprengen und die Einheit in der Arbeiterbewegung zu zerstören. Vor allem offenbare sich diese Unterminierungsarbeit in dem Flugblatt an den Parteivorstand. Gewerkschaftler wurden aufgefordert, mit voller Angabe ihrer Organisationsstellung und ihrer Funktionen das Schriftstück zu unterzeichnen, dessen Schluß lautet:

„Die Alternative lautet schlechthin: Parteirettung oder Parteierlöschung? Wir warnen vor der Fortsetzung der Politik des 4. August und des 20. Mai. Wir wissen, daß wir die Auffassung eines großen Teiles der Parteigenossen und breiter Bevölkerungsschichten ausdrücken, wenn wir fordern, daß Fraktion und Parteivorstand endlich ohne Zaudern dem Parteiberberden Einhalt tun, den Bürgerfrieden aufgeben und auf der ganzen Linie den Klassenkampf nach den Grundsätzen des Programms und der Parteibeschlüsse, den sozialistischen Kampf für den Frieden eröffnen. Die Verantwortung für alles, was sonst kommt, fällt denen zu, die die Partei auf die abschüssige Bahn getrieben haben und ferner darauf erhalten wollen.“

Gegen diese Desorganisationsabsichten hat die Generalkommission in einer in Nr. 26 des „Corr.-Blattes“ publizierten Erklärung Protest erhoben. Die Vertreter der Verbandsvorstände stellten sich in eingehender Debatte, in der es nicht an schärfen Verurteilungen der gemeinlichlichen Treibereien der Mißvergnügten fehlte, einmütig auf den Standpunkt der Generalkommission, indem folgende Resolution einstimmig zum Beschluß gelangte:

„Die Konferenz schließt sich der von der Generalkommission im „Gerr.-Bl.“ veröffentlichten Erklärung, die sich gegen die Sonderbindeln richtet, an. Sie weist mit aller Entschiedenheit die Verjüngung und die Arbeiterkraft in dieser kritischen Zeit zu Handlungen zu veranlassen, die den Interessen der Arbeiterklasse zueinanderlaufen. Heftigkeit und Zersplitterung in die Gewerkschaften tragen und die Einheit der sozialdemokratischen Partei zerstören können.“

Nur eine einzige und geschlossene Partei kann die Interessen der gewerkschaftlichen Organisationen erfolgreich vertreten.

Die Konferenz hält die Stellung, die von der übergroßen Mehrheit der sozialdemokratischen Kräfte und des Parteianstufes sowie von dem Parteivorstande eingenommen ist, für diejenige, die allein in dieser schweren Zeit den Interessen der Arbeiterklasse im allgemeinen und den Gewerkschaften im besonderen dient.

Die von den Sonderbindeln in der Partei vertretenen Ansichten widersprechen dem Wesen und Wirken der Gewerkschaften, ihre Durchsetzung wäre die Preisgabe alles dessen, was die Gewerkschaften geschaffen haben und erstreben.“

Damit ist die Stellung der deutschen Gewerkschaften zu den Angriffen auf die Einheit der Partei gekennzeichnet. Die Gewerkschaften müssen im gleichen Sinne allen Versuchen der Zersplitterung der Arbeiterbewegung mit allem Nachdruck entgegenstellen.

Eine Beschwerde über die systematisch betriebene Einführung polnischer Arbeiter in die Textilbetriebe und deren Ausnutzung zum Nachteil der deutschen Arbeiter wurde der Generalkommission zur weiteren Verfolgung überwiesen.

Sichtlich der Aufnahme weiterer Statistiken wurde als Termin für die nächste Kriegsstatistik der Gewerkschaften der 31. Juli angenommen und ferner beschlossen, von der Aufnahme größerer Lohnstatistiken so lange abzusehen, bis die Statistische Kommission zwecks Aufstellung einheitlicher Grundsätze darüber beraten hat. Die Generalkommission wurde ermächtigt, zur Förderung der Kriegsbeschäftigtenfürsorge eine Zentralkasse zu schaffen und nach Bedarf einen Beamten für diese Tätigkeit anzustellen.

Die Entscheidung des Reichsarbeitsprüfungsamts, wonach die Krankenfälle berechnigt seien, auf das zu zahlende Krankengeld auch die von Gewerkschaften gewährte Krankenerstattung anzurechnen, auch wenn den Mitgliedern ein Rechtsanspruch auf letztere nicht zusteht, hatte bereits eine frühere Konferenz bekräftigt. Die Bemühungen der Generalkommission, eine Veränderung der Rechtslage im Reichstag oder bei der Regierung herbeizuführen, sind erfolglos geblieben. Es sollen nunmehr für die nächste Konferenz der Vorstände geeignete Vorschläge für eine Veränderung der Gewerkschaftsabgaben vorbereitet werden.

Am Schlusse wurde über den vom jüngsten Verbandstag der Metallarbeiter beschlossenen Antrag beraten: „Der Hauptvorstand wird ersucht, bei der Generalkommission die Gründung einer wöchentlich erscheinenden gewerkschaftlichen Frauenzeitung zu erwirken“. Der Antrag fand fast einstimmige Zustimmung in der Diskussion. Es wurde hervorgehoben, daß die von der Genossin Jeklin redigierte „Gleichheit“ für gewerkschaftliche Zwecke völlig ungeeignet sei und sich auch trotz wiederholter Aufforderungen keine Mühe gab, diesen Ansprüchen zu genügen. Ein Frauenblatt, das für einfache Arbeiterinnen verständlich sei und sich nicht in vertieften Theorien und hochtrabenden Erörterungen ergebe, sei notwendig und nicht länger aufzuschieben. Von einem Redner wurde eine vorläufige Aussprache mit dem Parteivorstand über eine zweckdienliche Umgestaltung der „Gleichheit“, von einem anderen die Herausgabe einer gewerkschaftlichen Frauenkorrespondenz gewünscht. Für das erstere wurde weder ein Bedürfnis noch ein voraussetzlicher Erfolg anerkannt, doch brauche man einer solchen Aussprache nicht aus dem Wege zu gehen. Eine Korrespondenz gebe die Genossin Panna bereits heraus und sie könne fortgesetzt werden, wenn sich für die Herausgabe eines Frauenblattes Schwierigkeiten ergeben sollten.

Schließlich wurde die Generalkommission beauftragt, ein solches gewerkschaftliches Frauenblatt baldmöglichst herauszugeben. Dasselbe wird den beteiligten Gewerkschaften zum Selbstkostenpreise für ihre weiblichen Mitglieder zugestellt.

**Organisationshilfe in schwerer Zeit.**

Die Werbeltätigkeit der Gewerkschaften unter den Arbeiterinnen war bisher nur bis zu einem gewissen Grade erfolgreich. Vor Ausbruch des Krieges gehörten nur 221 000 Arbeiterinnen den gewerkschaftlichen Zentralkräften an, die damals über 2½ Millionen Mitglieder zählten. Nach den Ergeb-

nissen der in der Agitation tätigen Männer und Frauen glauben die Arbeiterinnen, daß ihnen die Zweckmäßigkeit zur Organisation wenig greifbare Vorteile bietet. Die Mehrzahl betrachtet ihre Erwerbstätigkeit nur als vorübergehende Erscheinung. Schon deshalb wollen viele Arbeiterinnen die Mitgliedschaft nicht erwerben. In der Hauptsache aber scheuen sie sich an der Beitragszahlung, die nach ihrer Ansicht, zumal bei kurzer Erwerbstätigkeit, nur ein Opfer für sie bedeutet. Dem Hinweis auf die Leistungen der Organisation begegnen sie mit der Bemerkung, sie würden sich die Beitragssumme sparen, dann hätten sie mehr, als die Mitgliedschaft ihnen bieten kann.

Ob alle Arbeiterinnen, die mit diesen und anderen Gründen den Beitritt zur Organisation ablehnen haben, auch heute noch so reden würden, wenn sie Kenntnis erhielten von den Leistungen der Gewerkschaften an ihre Mitglieder während der Kriegszeit und nach den Erfahrungen, die viele Arbeiterinnen in dieser Zeit machen mußten, muß bezweifelt werden. Aber Frauen sind schlechte Veranlassungsbefinder und schlechte Zeitungsleser, deshalb bleiben sie meist ununterrichtet über diese Dinge.

Als der Krieg ausbrach war, fast das ganze Wirtschaftsleben, in den Arbeitsnachweisen und in den Bureaus der Gewerkschaften staute sich die große Zahl der arbeitslosen Männer und Frauen, die Arbeit haben wollten um jeden Preis. Ganz besonders groß war die Zahl der arbeitslosen Frauen und Mädchen. Sie blieben zum Teil auch dann noch immer ohne Beschäftigung, als die Männer mehr und mehr in den Betrieben Unterkunft fanden, die für den Seeresbedarf arbeiteten. Mit Eingebung des Landsturmes wurde zwar die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften stärker und manche Arbeiterinnen fand dort Beschäftigung, was früher nur Männer gestanden hatten. Noch heute aber kann der Arbeitsmarkt nicht alle Frauen aufnehmen, die Beschäftigung haben wollen.

Nach den Ergebnissen der vierten Berichterstattung der Gewerkschaften über die Zahl der Arbeitslosen in den Zentralverbänden während der Kriegszeit waren am 30. April d. J. noch immer 13 577 Arbeiterinnen ohne Beschäftigung. Und sind 8 Proz. der von der Statistik überhaupt erfaßten weiblichen Mitglieder. Die Zahl der überhaupt arbeitslosen Frauen und Mädchen ist erheblich höher.

Könnte man alle unorganisierten Arbeiterinnen, die während der Kriegszeit ohne Beschäftigung waren, fragen, ob die erparten Beitragssummen ihnen eine nennenswerte Hilfe in der traurigen Zeit der Arbeitslosigkeit gewesen seien, sie würden wohl alle mit nein antworten. Selbst wenn sie regelmäßig am Wochenschlusse den Organisationsbeitrag in die Sparbüchse gesteckt hätten, wäre in den meisten Fällen eine so kleine Summe darin gewesen, daß sie nur für ganz kurze Zeit gereicht hätte. Aber in der Regel werden die Beiträge doch gar nicht gespart, sondern mit ausgegeben, und deshalb standen eben die Arbeiterinnen, die keiner Organisation angehörten, mit Verlust ihrer Beschäftigung vor dem Nichts.

Dagegen werden in den meisten Fällen die Summen, die an organisierte Arbeiterinnen als Unterstüpfungen ausgezahlt werden konnten, größer gewesen sein als jene, welche sie durch Beiträge eingezahlt hatten.

In einer Organisation leisten alle Mitglieder gleichmäÙige Beiträge. Aber nicht alle nehmen die Unterstüpfungsbeihilfen zu gleicher Zeit und in gleichem Maße in Anspruch. Ein Teil wird mehr eingahlen, als er wieder erhält; dafür können wieder andere mehr erhalten. Da aber niemand in der Arbeiterklasse sicher ist, ob er auf die Dauer Beschäftigung und Verdienst hat, und wie lange er eventuell ohne Beschäftigung sein wird, so erkaufte sich jedes Organisationsmitglied durch die Beitragszahlung die Sicherheit, in der Zeit der Not ein Anrecht auf die Unterstüpfungsbeihilfen des Verbandes zu haben.

Seit circa 6 Jahren hat die Arbeiterklasse dreimal Perioden großer und langandauernder Arbeitslosigkeit durchleben müssen. Diese aber wurden übertroffen von der Arbeitslosigkeit während des Krieges, namentlich in den ersten Kriegsmonaten. Durch Anträge für den Seeresbedarf und durch die Eingebung des Landsturmes hat sie allerdings bedeutend nachgelassen. Beteiligt ist sie aber auch heute noch nicht, besonders nicht für die Arbeiterinnen.

In der Zeit vom 5. August 1914 bis zum 30. April 1915 sind von den Gewerkschaften über 20½ Millionen Mark an Arbeitslosenunterstüpfung zur Auszahlung gelangt. Diese Summe drückt eine ungeheure Arbeitslosigkeit während des Krieges aus und läßt sie dort offen, die dadurch über die Familien der Arbeiterklasse gekommen ist, die ohne die Unterstüpfung der Gewerkschaften noch viel größer gewesen wäre. Gleichzeitig aber zeigt die Angabe über die den arbeitslosen Gewerkschaftsmitgliedern geleistete Hilfe, was solidarisches Verhalten der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Organisationen zu leisten vermag.

Die 20½ Millionen Mark sind zusammengetragene Organisationsbeiträge, die dem, der sie zahlt, bei dem doch immerhin geringen Einkommen mehr oder weniger fehlen. Die schon vorhin erwähnte Sicherheit, die daraus erwächst, aber läßt aus dem Opfer weniger lustig. Dennoch aber sollte der Gedanke, daß wir mit der Beitragszahlung, sobald sie von vielen geleistet wird, einer großen Zahl von Personen in schwerer Zeit Hilfe bringen können, auch ein wenig Beachtung finden und Veranlassung für uns sein, für die Ausbreitung der Organisation unter den Arbeiterinnen zu wirken.

Ist es wahr, daß das Gefühlsleben bei den Frauen stärker entwickelt ist als bei den Männern, dann muß der Hinweis auf diese Wirkung der Organisationszugehörigkeit Anhänger auch aus den Kreisen der Arbeiterinnen für eine Sache gewinnen, die unter großen Schwierigkeiten gelassen, sich zu solch segensreicher Einrichtung gestalten konnte.

Wägen deshalb die Ergebnisse der Leistungen gewerkschaftlicher Tätigkeit weiten Kreisen der Arbeiterinnen bekannt werden.

**Protokoll der 5. Sitzung der Schlichtungskommission für das Berliner Necresaurüstungsgewerbe.**

Als Vorsitz fungieren von den Arbeitgebern die Herren Reinhardt und Wiedermann, von den Arbeitnehmern die Herren Ahmann und Wilhelm. Den Vorsitz führt Herr Gaujenmüller. Als Vertreter des Sattlerverbandes ist Herr Schulze erschienen und vom christlichen Lederarbeiterverband zur Information Herr Tesch.

1. Bei der Firma E. C. Lehmann, Wilhelmstraße 40a, wird das Stutzen, Reifeln und Putzen zum weitaus größten Teil im Stücklohn gemacht. Die Stücklohnpreise für diese Arbeiten wurden schon vor Monaten von der Firma festgesetzt und haben die Zustimmung der beteiligten Arbeitskräfte gefunden. Am Freitag, den 25. Juni, wurden diese Stückpreise plötzlich von der Firma reduziert und zwar teilweise bis zu 100 Proz. Den beteiligten Arbeitskräften wurde anheimgestellt, entweder dafür zu arbeiten oder aufzuhören.

Von dem Vertreter der beklagten Firma, Herrn Bronski, wurde dieser Sachverhalt bekümmert und zur Begründung dieses Vorgehens darauf verwiesen, daß diese Stücklöhne von Anfang an falsch kalkuliert gewesen seien. Dadurch habe sich der unhaltbare Zustand herausgebildet, daß junge Bur-schen bei dieser leichten chematischen Arbeit mehr verdienen als ältere Arbeiter bei verantwortlicher Qualitätsarbeit. Da über diese Vorkarbeiten im Tarif nichts enthalten sei, habe sich die Firma zu ihrem Vorgehen berechtigt gehalten.

Von Herrn Schulze wird prinzipiell festgesetzt, daß das Vorgehen der Firma falsch ist. Daneben es sich um eine falsche Kalkulation, so müsse die Firma eine Verständigung mit den Arbeitern, evtl. unter Vermittlung des Verbandes, anstreben. Wie aber könne zugegeben werden, daß eine Firma die Preise eigenmächtig reduziere oder festlege.

Da die beteiligten Arbeitskräfte, entgegen dem Willen der Organisation, die Arbeit nicht weitergeführt haben, die Firma auch verschiedene Anford-erungen wieder erhöht hat, kommt folgender Vergleich zustande:

„Die Firma E. C. Lehmann ist bereit, etwaige Ungleichheiten der Beschwerden bezgl. der neuen Preise durch Vermittlung der Organisation zu beheben.“

2. Die Firma Gust. Prekel, Rantow, Hadlichstraße, zahlt für Sattelleihen inkl. Prozente nur 1,55 Mk. statt 2,48 Mk. und für Feldartillerie-Pad-taschen nur 4,38 Mk., während nach der dort geübten Anfertigungsmethode 5,16 Mk. gezahlt werden müßten.

Die Firma Prekel ist nicht erschienen, hat viel-mehr an den Vorsitzenden ein Schreiben gerichtet und darin zum Ausdruck gebracht, daß sie den Tarif in seiner Form anerkannt hat und demzufolge über die Lohnfrage nach eigenem Ermessen befindet.

Die Schlichtungskommission stellt fest, daß nach ihrer Meinung auch die Firma Prekel in Rantow zur Innehaltung des Reichstaris verpflichtet ist, da der Vertrag für alle Militärausrüstungsfabrikanten Deutschlands Geltung hat, gleichgültig, ob dieselben dem Kriegs-Deberausrüstungsverbande an-gehören oder nicht. Die Militärbehörden geben Auf-träge an die einzelnen Firmen nur gegen die Ver-pflichtung an die Unternehmer aus, daß bei der An-fertigung der Arbeiten die Lohnsätze des Reichstaris-gehalt werden müssen. Da die Schlichtungs-kommission aber im Falle der Weigerung eines Unternehmers, nicht zur Verhandlung zu erscheinen, keine Exekutivgewalt hat, so müssen die beteiligten Arbeitskräfte auf den Weg der Privatklage ver-wiesen werden. In diesem Falle ist in Frage kommende Gewerbegericht zuständig und kann dieses eine Entscheidung nicht ablehnen.

Beschlossen wird ferner, unter Beifügung des vorliegenden Protokolls bei der zuständigen Militärbehörde Beschwerde über die Firma Prekel zu führen.

3. Bei der Firma Wunderlich Nachf. werden Seitenwechseln für Infanterie (Kof. 132 des Vertrages) aus allen eroberten Kartuschrahmen hergestellt. Der Umschlag ist etwas kürzer und demzufolge die Mittelnaht 7 Zentimeter kürzer. Für diese Tasche erhalten die Maschinennäher ohne aufstehen 5 Pf. und mit aufstehen 6 Pf. pro Tasche. Die Maschinennäher beanspruchen für die Taschen den Tarifpreis von 6 bzw. 7 Pf. pro Tasche.

Nach längerer Beratung, wobei Herr Bachhaus, als Inhaber der Firma Wunderlich Nachf., noch darauf hinwies, daß er von der Berechtigung, für den Kraftbetrieb 10 Proz. in Abzug zu bringen, keinen Gebrauch gemacht habe, wird folgender Vergleichsvorschlag des Herrn Bachhaus angenommen:

„Unter Weiterzahlung der 10 Proz. soll in Zukunft für die Säbeltache 5 1/2 Pf. ohne aufstehen und 6 1/2 Pf. mit aufstehen gezahlt werden. Eine Nachzahlung der Differenz wird von der Feststellung abhängig gemacht, ob die Arbeiter rechtzeitig Einspruch erhoben haben.“

4. Infolge der Knappheit von gutem Rindleder kommt in verschiedenen Betrieben Leder zur Verarbeitung, welches ganz ungenügend durchgearbeitet ist. Schon beim Zuschneiden und Vorrichten muß eine beträchtlich längere Zeit aufgewandt werden, besonders aber haben die Affordarbeiter zu leiden. Es ist manchmal kaum möglich, mit der Able durchzukommen und noch schwerer, die Able wieder herauszubringen. Wechlich verhält es sich in einigen Betrieben mit den Tornisterrahmen, die früher aus Pappel- und Eschenholz gefertigt waren, jetzt teilweise aus Eichen- und Buchenholz gemacht werden. Da die Affordpreise des Tarifvertrages aber für normales Rohmaterial berechnet sind und dem Affordarbeiter nicht zugemutet werden kann, die Kosten dieser Materialfehler zu tragen, so wird die Schlichtungskommission von der Leitung der Berliner Verwaltungsstelle des Sattler- und Portefeullerverbandes ersucht auszusprechen, daß es gerecht und billig sei, wenn die Herren Unternehmer in solchen Fällen eine besondere Entschädigung an die Affordarbeiter zahlen.

Bei der folgenden Aussprache wird von den Arbeitgeberseite zum Ausdruck gebracht, daß eine solche allgemeine Empfehlung über den Namen der Befugnisse der Schlichtungskommission hinausgeht. Die Sache soll der Zentralarbeitskommission überwiesen werden.

Berlin, den 8. Juli 1915.

gez. Ernst Schulze  
Protokollführer.

Ganzgenmüller  
Vorsitzender.

### Der Zentralarbeitsnachweis.

A. D. In Nummer 23 unserer Zeitung wurde die Schaffung einer Zentralstelle mit im Reich verteilten Nebenstellen für Arbeitsnachweis in unserem Gewerbe angeregt und zur Diskussion gestellt. Hierzu hätte ich folgendes zu bemerken: Niemand konnte die Notwendigkeit der Schaffung eines Reichsarbeitsnachweises so betont werden wie gerade in der Kriegszeit. Wie man aber aus Zeitungsnotizen ersieht, hat die Regierung mit den in Frage kommenden Stellen nicht einig werden können. Dennoch wird man der gesetzlichen Regelung des Arbeitsnachweises nicht aus dem Wege gehen können, denn den Staat trifft doch schließlich die Verantwortung für das Wohl und Gedeihen der in seinen Grenzen lebenden Menschen. Die Verteilung der in der Volksgemeinschaft notwendigen Arbeit und die Sorge für Beschäftigung aller Arbeitsfähigen ist ebensoviele Sache der Regierung wie die Verteilung der Steuerlast. Die Beschaffung von Arbeit und von Arbeitern ist kein Problem der Städte oder der Industrie oder gar der Landwirtschaft, auch nicht der Arbeiter oder Unternehmerorganisationen, sie ist vielmehr ein Problem der ganzen Volkswirtschaft.

Ich hatte vor einigen Jahren Gelegenheit, ein größeres, dem Staate gehöriges Gut zu besichtigen, welches von sogenannten korrigierenden urbar gemacht ist und bewirtschaftet wird. Diese Leute hatten sicher nicht immer die Absicht, den Staat um ihre Gegenleistung zu betrügen, sondern sie sind bei der Verteilung der Arbeit des öfteren zu kurz gekommen. Tatsache ist, daß zu jeder Zeit richtige und willige Arbeitskräfte monatelang ohne Beschäftigung sind. Diese Zustände führen zur Zerrüttung der Familienverhältnisse und allmählich gleitet der Betroffene in den Zustand der Gleichgültigkeit hinein. Die Kriminalstatistik redet hierzu eine deutliche Sprache. Zu gleicher Zeit arbeiten persönliche Industrien oder Fabriken mit Hochdruck. Es werden Ueberstunden nach Kräften gemacht und der Spießer wundern sich, daß es noch Leute gibt, welche keine Beschäftigung finden können.

Nun befürchten wohl die Unternehmer durch die Einrichtung eines Reichsarbeitsnachweises nicht nur eine Schwächung ihrer Position, sondern die Sache

richt auch nach Erweiterung der Sozialpolitik. Es könnte vielleicht die staatliche Versicherung gegen Arbeitslosigkeit dazu kommen. Dies muß auf jeden Fall verhindert werden.

Im Gau Hamburg hat nun schon einige Jahre ein Zentralarbeitsnachweis bestanden. Die Leiter desselben haben sich redliche Mühe gegeben, ihn in Funktion zu halten, doch ist der Gau allein wohl nicht das richtige Gebiet für eine derartige Einrichtung, weil auch die Sattlerwarenindustrie nur schwach vertreten ist. Der Wechsel der Kollegenchaft ist verhältnismäßig gering und nach den Kleinmeistern in der Provinz lassen sich die Kollegen nur schlecht vermitteln. Letztere kommen nach Hamburg, um in Hamburg zu arbeiten. Es ist anzunehmen, daß eine Zentralstelle für das ganze Reich besser arbeiten wird. Die vielen Schwierigkeiten würden sicher viel leichter überwunden werden, je größer das Gebiet ist, doch sollte man keine großen Hoffnungen daran knüpfen und da die Sache wohl doch nur ein Provisorium wird, dürften keine großen Unkosten entstehen.

Die in Nummer 27 vom Kollegen Reinhardt vorgeschlagene Tabelle würde, allwöchentlich in unsere Zeitung aufgenommen, auch sehr praktisch wirken. Unsere reisenden Mitglieder könnten nach solcher Tabelle ihr Reiseziel festlegen. Das Anfragen bei den Ortsverwaltungen unterbleibt doch meistenteils aus Gründen des Zeitverlustes. Wenn notwendig, könnte das Erscheinen der Liste mit der Zeit erweitert werden. Ich stelle mir unter den Zahlen die Arbeitslosenziffer vor, welche durch Zahlen der offenen Stellen ergänzt werden müßte.

### Der Verein der Ledergalanteriewerker Niederösterreichs.

Die österreichische Bruderorganisation der Portefeuller hielt am 21. v. M. ihre jährliche Generalversammlung ab. Der Obmann, unser alter Freund Strauß, gedachte der Zeit, wo vor 20 Jahren die heutige Organisation gegründet wurde. Das Herz voller Wünsche und hoffnungsfreudig haben sich die Wiener Ledergalanteriewerker damals eine Organisation geschaffen, die nur das eine Ziel im Auge hatte, den Indifferentismus unter der Kollegenchaft zu verdrängen und deren materielle Lage zu bessern. Satten die Wiener Ledergalanteriewerker schon in den Reihen der Vorkämpfer des Kampfes gelernt, so haben sie es als selbständige Organisation nicht vergessen und es waren der Kampfe nicht wenige, die die Wiener Ledergalanteriewerker während der 20 Jahre eigener Organisation durchzuführen hatten. So hätte also die Organisation alle Ursache, ihren zwanzigjährigen Bestand feierlich zu begehen, doch ein noch viel härterer Krieg, ein Krieg, bei dem es sich zu wehren gilt gegen russische Despotie, der kostbare Menschenleben zu Tausenden und Tausenden vernichtet, gebietet von selbst nur ein stilles Gedenken als laute Freude. Schon hat dieser grausame Krieg auch große Lücken in die Reihen unserer dortigen Kollegen gerissen. Unser Freund Fischer, der Obmannstellvertreter, welcher 1909 auf unserem Verbandstag in Köln als Gast anwesend war, ist in Gefangenschaft geraten.

Der Krieg hat sich im dortigen Portefeullergewerbe in der gleichen Form gekündigt wie bei uns und eine große Arbeitslosigkeit hervorgerufen. Die Unternehmer ließen sich hierdurch verleiten, den Vorschlag der Organisation, den bestehenden Tarifvertrag weiterlaufen zu lassen, abzulehnen. Später jedoch, als teilweise die Arbeit wieder aufgenommen wurde, wurde der Vertrag wieder anerkannt. Die Arbeitslosenunterstützung wurde an die Mitglieder weitergezahlt, weil die Annahme bestand, daß ein großer Teil der Portefeuller im Sattlergewerbe für die Dauer des Krieges unterkommen würde. Diese Annahme hat sich denn auch bestätigt. Dennoch hat die kleine Organisation 32 195 Kronen an Arbeitslose gezahlt. Dieses war aber nur möglich durch die Aufhebung der Krankenunterstützung und des Meistgelbes. Diese Maßnahmen mußten getroffen werden, sollte die Absicht des Vorstandes, auch für die zurückkehrenden Krieger noch eine Unterstützung auswerfen zu können, durchgeführt werden. Zurzeit stehen 200 Mitglieder im Felde, deren Familien in außerordentlichen Notfällen gleichfalls unterstützt wurden. Aus dem Bericht der Generalversammlung ist leider nicht zu entnehmen, was darauf schließen würde, daß man unserem vor zwei Jahren ausgesprochenen Wunsche Rechnung getragen habe, den Gedanken der Verschmelzung mit dem Fachverein der Sattler und Taschen zu fördern. Wenn bei uns noch Zweifel in Portefeullerkreisen über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses mit den Sattlern noch bestanden hätten, so dürfte der Krieg diesen kleinen Nest beseitigt haben. Wir wollen hoffen, daß auch unsere österreichischen Freunde in diesem Gebiete etwas weiter gekommen sind, um nach dem Kriege die einheitliche Organisation gründen zu können.

### Teuerungszulagen.

Die Lebensmittelteuerung auf der ganzen Linie ist heute eine unbefristete Tatsache. Hierbei werden Waren berührt, wo von, woberin besteht, daß keinerlei Veranlassung vorliegt, die Preise so hoch zu schrauben, wie z. B. beim Zucker und anderes mehr. Die Reichsbehörden greifen nach Ansicht der großen Mehrheit des deutschen Volkes nicht so energisch zu als es die Stunde erfordert. Wo die Industrie zu einem großen Teile an der Herstellung der Verteidigungsmittel verdient, da darf der Agrarier nicht fehlen.

Diese Teuerung ist so allgemein, daß weite Kreise sich der Ansicht nicht verschließen konnten, daß die Forderung und Gewährung von Teuerungszulagen durchaus berechtigt ist, und das trotz des Krieges. Die Meinung, daß man im Kriege nur sich sein soll, überhaupt noch zu leben, ist wenigstens für den gegenwärtigen Krieg durchaus verfehlt. Obgleich nicht minder der schon bereits getane Ausspruch: Wir leben vom Kriege, richtig ist. Durch die Einschließung der Zentralmächte und die Selbstherstellung aller Ausrüstungsgegenstände und der Munition bleibt das Geld im Lande, wenn auch die Verteilung dieser Gelder eine recht ungleiche ist. Die jetzige Teuerung greift aber in alle Taschen, und werden die hohen Verdienste einzelner Arbeiterschichten vollständig wieder wettgemacht. Wie sieht es aber nun in den Familien aus, die durch den Krieg, sei es durch Arbeitslosigkeit oder durch Einziehung des Ernährers, in Mitleidenschaft gezogen sind?

Die Forderung auf eine Teuerungszulage ist jetzt fast allgemein, und bleiben fast nur die Berliner Lederwarenfabrikanten übrig, die hierfür kein Verständnis haben.

Im Nachstehenden wollen wir einige Auszüge und Berichte anderer Organisationen über diese Frage bringen:

Der Holzarbeiterverband kann berichten, daß man in den von den Russen verschont gebliebenen Orten des Ostens zuerst an eine Teuerungszulage gedacht hat. Später seien eine große Reihe anderer Orte gefolgt. Es hat aber auch nicht an Unternehmerrufen gefehlt, welche von dem Holzarbeiterverbande allen Ernstes verlangten, seine Mitglieder zu verpflichten, keine derartige Forderungen zu erheben. Die kaiserlichen Beamten haben im Gegensatz zu den Privatvertrieben ihren Arbeitern gleichfalls eine entsprechende Zulage gewährt.

Die Bergarbeiter haben an den verschiedenen Plätzen ebenfalls Forderungen erhoben. Hier zeigt sich, daß man in den Gebirgsbezirken in Rheinland-Westfalen, wo die bestdenkbare Konjunktur vorhanden ist, wenig Reizung hat, den Arbeitern zu willfahren. Dieses ist begreiflich, wenn man weiß, daß dort Arbeit der Allgewaltige herrscht. In einer Reihe anderer Bezirke ist man entgegenkommender gewesen. So wird aus Bayern berichtet, daß private Gruben, aber auch die Staatsregierung, den Bergarbeitern eine Teuerungszulage gemährt haben. So wurden auch in verschiedenen Erzgruben und Kainwerken im Hannoverschen und Sächsischen Bezirk Zulagen bewilligt.

Die Textilarbeiter können gleichfalls auf Erfolge auf diesem Gebiete zurückblicken. Nach einer Meldung haben bis jetzt die Unternehmer in 57 Orten mit 64 000 Arbeitern der Teuerung Rechnung getragen. Die Zugehörigkeiten beruhen auf keinen gemeinsamen Beschluß, sondern sind auf örtlicher Grundlage erfolgt und daher sehr verschieden in der Höhe. Der Süddeutsche Arbeitgeberverband dieser Branchen drückt sich um die Antwort auf die Forderung der Textilarbeiter herum, bejehungsgerecht haben einige Firmen doch beträchtliche Zulagen gewährt.

Die Gemeindefabrikanten haben fast durchweg einen Erfolg zu verzeichnen, wenn auch angegeben werden kann, daß die Dinge hier etwas günstiger für die Arbeiter liegen. Aber auch die Staatsverwaltungen haben vielfach die Notlage erkannt und den Wünschen ihrer Angestellten Rechnung getragen. So die bayerische Staatsregierung, wenn auch bedauert werden muß, daß sie sich nur auf die Verheirateten beschränkte, welche unter 1400 Mk. Verdienst haben. Die sächsische Staatsregierung hat bereits unter dem 8. Mai eine derartige Verfügung erlassen.

So sehen wir überall, daß die Arbeiter sich rühren, um ihre Lebenshaltung einigermaßen aufrechterhalten zu können, und daß den Gewerkschaften auch während des Krieges die Aufgabe zufällt, für die Interessen ihrer Mitglieder tätig zu sein.

### Aus anderen Organisationen.

Der Verband der Lithographen und Steindruckere im Jahre 1914. Schon seit einer Reihe von Jahren hat der Verband eine Zeit der schwersten Prüfungen zu bestehen. Nicht allein, daß das lithographische Gewerbe schon lange unter einer besonders schweren wirtschaftlichen Depression zu leiden hatte, mußte

der Verband auch zwei große Streik- und Ausperrungskämpfe 1906 und 1911/12 durchmachen, bei denen mehr als ein Viertel aller Mitglieder in Mitleidenchaft gezogen und dadurch außerordentlich hohe Anforderungen an die Verbandskasse gestellt wurden. Ende 1913 trat eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt ein, so daß auf das Jahr 1914 die besten Hoffnungen gesetzt werden konnten. Auch die internationale Ausstellung für Kunstgewerbe und Graphik sollte das gesamte graphische Gewerbe beleben. Durch den ausgebrochenen Weltkrieg wurde dies jäh unterbrochen und alle Hoffnungen wurden zunichte gemacht. Die Arbeitslosigkeit stieg ins Ungeheuerliche. Am 16. August wurden 7713 arbeitslose Mitglieder gezählt und 3080 waren zum Kriegsdienst eingezogen. Rund 10 000 waren also aus dem Beruf gerissen. Von den übriggebliebenen Mitgliedern konnten nur 3228 voll arbeiten und 1900 halbe Tage und weniger. Das kam beinahe einem völligen Zusammenbruch gleich, denn durch die Lohnkämpfe und durch die lange Wirkungslosigkeit war die Verbandskasse sehr geschwächt. Sie war gerade im Begriff, sich zu erholen, als der Krieg ausbrach. Der Verband sah sich daher gezwungen, seine jantularischen Unternehmungen außer Kraft zu setzen, er konnte nur eine Notstandsunterstützung zahlen, die allen Arbeitslosen und einem Teil Invaliden und Witwen gewährt wurde. Doch auch dieses war nur durch die Hilfe der Generalkommission angeschlossenen Verbände möglich. Mithin ging die Arbeitslosigkeit zurück; viele Mitglieder fanden in Gewerben für Kriegslieferungen Beschäftigung; am Schluß des Jahres waren aber immer noch 1596 arbeitslose Mitglieder vorhanden, während im ersten und zweiten Quartal durchschnittlich nur 596 gezählt wurden. Wie groß der Verlust an Mitgliederbeiträgen war, geht daraus hervor, daß im Laufe des Jahres wegen Arbeitslosigkeit usw. 124 457 beitragsfreie Wochenmarken in die Mitgliedsbücher geliebt werden mußten. Der Verlust ist natürlich durch die Einberufung der vielen Mitglieder zum Kriegsdienst noch weit bedeutender. — Die Einnahmen betragen im Berichtsjahr 753 145 Mark, die Ausgaben 913 850 Mark. Darunter wurden ausgegahlt für Arbeitslosenunterstützung 296 856 Mark, Krankenunterstützung für Schiffsleute 140 029 Mark, für Lehrlingsmitglieder 8850 Mark. Trotz der ungünstigen Wirtschaftslage des Gewerbes hat der Verband seine Hauptaufgaben, für die Mitglieder günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, tatkräftig zu erfüllen versucht. Die geführten Lohnbewegungen erstreckten sich naturgemäß nur auf das erste Halbjahr. Insgesamt fanden in dieser Zeit 30 Lohnbewegungen mit 588 Beteiligten statt. Würde der Krieg nicht das Betätigungsgebiet abgeschnitten haben, so wären zweifellos bessere Resultate zu berichten gewesen. Nicht man aber in Betracht, daß bei Ausbruch des Krieges die Existenz des Verbandes außerordentlich gefährdet war, so ist es erfreulich, daß es möglich war, über diese schwere Zeit hinwegzukommen, und es ist begründete Hoffnung vorhanden, daß der Verband auch die fernere Zeit des unheilvollen Krieges glücklich überleben wird.

Der Verband der Steiniker und Pfasterer hat mit dem Arbeitgeberverband für das Straßenbauergewerbe einen Vertrag abgeschlossen über die Beschäftigung kriegsbedingter Berufsangehöriger. Es ist hierin ein gemeinschaftliches Arbeitsprogramm festgelegt, um den heimkehrenden verletzten Kriegern die Unterkunft im Verufe zu erleichtern, und sollen bei Lohnifferenzen auch die tariflichen Schlichtungsinstanzen zuständig sein.

Zur Verkündigung unter den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen. In dem soeben erschienenen Jahresbericht für 1914 des Ausschusses des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften wird auf die gemeinschaftliche Gewerkschaftsarbeit während des Krieges hingewiesen. In den Bestrebungen zur Errichtung eines Einigungsamtes im Bergbau seien die zwei besonders bitter verfeindeten Gewerkschaftsverbände wieder zusammengebracht worden; ferner seien gemeinsame Eingaben zur gesetzlichen Regelung des Arbeitsnachweises erfolgt. Dann heißt es:

„Die christlichen Gewerkschaften sind nach wie vor bereit, in praktischen Fragen von Fall zu Fall mit den übrigen Richtungen zusammenzugehen. Es steht außer allem Zweifel, daß es solche praktischen Fragen immer, und zwar auch solche von größter Bedeutung, geben wird. Der Friedensschluß und die erste Zeit nach demselben dürften in dieser Hinsicht sogar besonders ergiebig sein. Die unbedingte und unerlässliche Voraussetzung ist aber, daß der Gegenstand der Gemeinschaftsarbeit immer eine Frage rein gewerkschaftlich-sachlicher Natur sein und von allen Beteiligten als solche behandelt werden muß und keine andersartigen Fragen im Hintergrunde lauern dürfen.“

An einer anderen Stelle des Berichts heißt es: „Es wird eine der ersten Aufgaben der Arbeiterorganisation sein, wenn einmal der Friede da

ist, sich die volle Einordnung der Arbeiterklasse in den staatlichen und sozialen Organismus zu erkämpfen, wenn sie ihr nicht, was wir allerdings nach den Erfahrungen des Krieges immer noch hoffen, freiwillig eingeräumt wird.“

### Rundschau.

**Rehnt Euch der Jugend an.** In den Jugend- und Sportvereinen der Arbeiterschaft fehlen jetzt in erschreckendem Maße die älteren Männer, die führend und leitend die Bewegung in den richtigen Bahnen halten. Fast alle tätigen Männer hat der Krieg aus ihrem Wirkungskreise gerissen und für Ersatz konnte in der letzten Zeit nicht mehr ausreichend gesorgt werden. Besonders schwer sind davon unsere Arbeiter-Turnvereine betroffen worden, ihnen fehlen die Turnwarte und Vorturner. Der erzieherische Einfluß, den sonst die alten Genossen auf die Jugend ausübten, ist nicht mehr vorhanden. Die Folge ist eine teilweise Verwilderung, zumal auch die Zucht des Elternhauses durch den Krieg stark beeinträchtigt worden ist. Die wenigen zurückgebliebenen Genossen in den Vereinen stehen einer so schweren Arbeitslast gegenüber, daß sie sich genötigt sehen, die früher in den Vereinen tätig gewesen Genossen um Mithilfe zu bitten. Ganz besonders richten sie diese Bitte an die älteren Genossen, die noch Mitglieder der Vereine sind. Seit Kriegsausbruch sind aber ferngehalten haben. Die Erziehung unserer Jugend ist gerade jetzt wichtiger als je, deshalb sollte die Bitte der Genossen nicht ungehört verhallen.

Arbeiter-Turnerbund.

### Bücherschau.

„**Dokumente zum Weltkrieg 1914.**“ Die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, hat nunmehr den 3. Teil des französischen Selbstbuches erscheinen lassen. Damit liegt das französische Selbstbuch vollständig vor. Der 3. Teil enthält die Aktenstücke von der Kriegserklärung Oesterreichs an Serbien bis zum Kriegsausbruch zwischen Frankreich und Deutschland.“ Darunter befinden sich also auch die Vorkath des Präsidenten Poincaré, die dieser in der Parlamentskammer vom 4. August vor Verlesung brachte, und die Reden des Ministerpräsidenten Viviani aus der Sitzung der Deputiertenkammer vom 4. August 1914. Auch bei dem französischen Selbstbuch hat sich der Herausgeber, Genosse Edward Vernheim, streng an das Programm gehalten und sich auf die getreue Wiedergabe der amtlichen Dokumente beschränkt. Ein Register erleichtert das Nachschlagen der Aktenstücke. Die drei Hefte, die das französische Selbstbuch umfaßt, kosten zusammen 1.— Mk. — Demnächst gelangt das italienische Gründbuch zur Ausgabe.

### Kriegsliteratur im Vorwärts-Verlag.

Berlin, Lindenstraße 8.

- Haensch: „Krieg und Sozialdemokratie“ 25 Pf.
- „Deutsche Sozialdemokraten und sozialdemokratische Deutsche“, 15 Pf.
- „Wo steht der Hauptfeind?“, 10 Pf.
- Heine: „Kultur und Nation“, 15 Pf.
- „Gegen die Quertreiber“, 20 Pf.
- Heinemann: „Sozialistische Erzeugenschaften während des Krieges“, 15 Pf.
- Kautsky: „Nationalstaat, imperialistischer Staat und Staatenbund“, 50 Pf.
- Reil: „Das deutsche Volk im Kriege“, 50 Pf.
- David: „Sozialdemokratie und Vaterlandsverteidigung“, 20 Pf.
- Wendel: „Weltkrieg und Sozialdemokratie“, 30 Pf.
- Kolb: „Die Sozialdemokratie am Scheidewege“, 50 Pf.
- Alder: „Prinzip und Romantik“, 50 Pf.
- Greulich: „Krieg und Internationale“, 10 Pf.
- „Der Krieg und die Sozialdemokratie“, 20 Pf.
- „Zwei Reden“. gehalten von Heine und Silberbrand in Stuttgart. 20 Pf.
- „Kriegsgegner in England“, 50 Pf.

### Schaumachung des Zentralvorstandes.

#### 6. Kriegsstatistik.

Die Generalkommission der Gewerkschaften hat für den 31. Juli dieses Jahres eine Erhebung über die Arbeitslosigkeit, die Zahl der eingezogenen Mitglieder usw. angeordnet.

Diese Erhebung ist von besonderer Bedeutung, weil am 31. Juli ein Jahr seit Ausbruch des Krieges verfloßen ist.

Die Ortsverwaltungen werden dringend ersucht, den im Laufe dieser Woche zugesandten Fragebogen ausführlich zu beantworten und sofort am 1. August, spätestens aber bis

zum 7. August, an die Hauptverwaltung einzuliefern.

Die graue Karte für Juli fällt diesmal aus.

### Abrechnung.

Folgende Ortsverbände stehen noch mit der Vierteljahresabrechnung aus:

- Gau Berlin: Stettin.
- Gau Elberfeld: Aachen, Bochum, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Hammeln und Kirchen.
- Gau Leipzig: Eisenach, Eisleben, Hildesheim, Meeraue, Mühlhausen, Weimar und Zwickau.
- Gau Nürnberg: Ansbach und Rothenburg.
- Gau Offenbach: Offenbach und Frankfurt am Main.
- Gau Stuttgart: München, Reutlingen und Stuttgart.

Die Ortsverwaltungen werden ersucht umgehend die Abrechnungen einzuliefern.

Der Vorstand.

### Sterbetafel.

Den Selbentod auf dem Schlachtfelde fanden unsere Mitglieder:

- Friedrich Benz, Stuttgart, 27 Jahre alt.
- Kurt Depper mann, Pielefeld, Mitglied des Ortsvorstandes, durch Kopfschuß, 28 Jahre alt.
- Paul Steinmey, Berlin, 21 Jahre alt.
- Kilian Otto Haupt, Eisleben.

Berlin. Am 18. Juli verstarb unser Mitglied Ernst Steuer, 54 Jahre alt, an Herzlähmung.

Ehre ihrem Andenken.

## Anzeigen

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität  
**Bruno Steffen, Lindenstr. 63**  
 Berlin SW. 19.  
 Gepr. 1880.  
 Preislisten S. P. gratis und franco.

**Tüchtige Kammelmacher, aber nur solche, Hobban- und Randmacher**

**Fischer, Militäreffektenfabr., Berlin, Spandauer Straße.**

Zu meiden Stralauer Str. 39. Einmalige Reise nach Berlin nach vierteljähriger Tätigkeit wird vergütet.

## Reberriemen

Schöne egalisierte Reberriemen aus Blankleder, Spaltleder usw. für Geschirre, fortirt, in Dunkelbraun, Reige, Schwarz, Natur, alles gut verwendbar und in verschiedenen Größen fortirt per Pfund 3,50 Mk. Ferner: sogenannte **Kavallerie-Streifen** aus Kern- und Chromleder per Pfund 1,10 Mk. Alles reelle Ware. Abgabe nicht unter 10 Pfund, gegen Nachnahme.

**Hermann Sender, Saarbrücken 3**  
 Telephon 181.

Selbständiger

## Helmladierer

findet sofort gutbezahlte Stellung bei  
**Rudolf Wiemer & Co., Mülheim-Ruhr**

Wer die Adresse des Sattlers

### Hermann Wubach

welcher seine Familie seit Kriegsausbruch verlassen hat, aneben kann, wird gebeten, sie der Frau W. Wubach, Brandenburg a. S.; Brielower Straße 58, mitzuteilen.